Landeshauptstadt Magdeburg

Änderungsantrag

DS0289/12/2 öffentlich

Zum Verhandlungsgegenstand	Datum
DS0289/12	19.09.2012

Absender	
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Gremium	Sitzungstermin
Stadtrat	04.10.2012

Kurztitel
Beendigung der kommunalen Trägerschaft des Frauenhauses in Magdeburg und dessen ambulanter Beratungsstelle

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die vorliegende Drucksache DS0289/12 und eine damit verbundene Entscheidung zur Beendigung der kommunalen Trägerschaft des Frauenhauses in Magdeburg und seiner ambulanten Beratungsstelle wird zurückgestellt.
2. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, eine Neubekanntmachung der Übertragung der Trägerschaft im Laufe des Oktobers zu initiieren. Abgabetermin für Bewerbungen ist 14 Tage später.
3. Die Bekanntgabe soll untersetzt werden mit den sozialpolitischen Ansprüchen an den Schutz, die Unterbringung und Beratung von Frauen und Kinder mit Erfahrungen in der häuslicher Gewalt im Rahmen des Frauenhauses und der entsprechenden Beratungsstelle.
Zur Umsetzung dieses sozialpolitischen Anspruchs sollen inhaltliche Parametern für das Frauenhaus Magdeburg festgelegt werden:
 - über Anzahl der Plätze für Frauen und deren Kinder sowie zum Umfang der Kinderbetreuung und der dazu notwendigen Finanzierung
 - zu Fördermittelmodalitäten (Anteil Land, Kommune, Träger), auch unter Berücksichtigung der Kosten für die Unterbringung
 - Standort (Nutzfläche des Objektes) mit Aussagen zu Anforderungen an die Sicherheit und die Erreichbarkeit (ÖPNV-Anbindung) sowie
 - zur Qualifikation des Personals für die Tag- und Nachtbetreuung

Die Einbringung eines Objekt- bzw. Standortvorschlages in das Bewerberverfahren gemäß Parameter ist Voraussetzung für die Empfehlung zur Vergabe. Von der Erfüllung der Parameter wird die künftige Förderung durch die Kommune abhängig gemacht.

4. Die Verwaltung hat zur Übertragung die Parameter der Bewerber zusammen zustellen und den Fachausschüssen FuG und GeSo sowie dem Stadtrat im Dezember 2012 zur Entscheidung vorzustellen.

5. Die Übertragung wird begleitet durch ein schlüssiges und nachvollziehbares Konzept, welches die Aufrechterhaltung der notwendigen Betreuungsqualität im Frauenhaus gewährleistet.

Begründung:

Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist leider nach wie vor ein großes gesellschaftliches Problem, auch in Magdeburg. Die hohe Durchschnittsbelegung von rund 90 Prozent des Frauenhauses Magdeburg unterstreicht diese Aussage.

Einen grundsätzlichen Trägerwechsel an einen freien Träger hat der Stadtrat am 17.01.2012 (Beschluss-Nr.1188-44(V)12) beschlossen.

Allerdings muss gewährleistet sein, dass die Arbeit des Frauenhauses auch künftig mit gleichbleibend hoher Qualität geleistet werden kann, um den Schutz jeder von psychischer und/oder physischer Gewalt betroffener Frau und deren Kindern sicherzustellen und auf einen hohen Niveau an einer neuen Lebensperspektive mit den Betroffenen zu arbeiten.

Die jetzt vorgelegte Drucksache zur Beendigung der kommunalen Trägerschaft des Frauenhauses mit Übertragung der Leistungen auf einen freien Träger erfüllt diese Anforderungen nicht, da viele Unbekannte vorhanden sind. Hierzu zählt insbesondere der fehlende Standort eines zukünftigen Frauenhauses und der Beratungsstelle sowie die inhaltlichen Parameter/Standards nach denen zukünftig im Frauenhaus gearbeitet werden soll.

Durch den Zuschuss der Stadt soll über die Minimalstandards (aufgrund der eingeschränkten Finanzierung) hinaus ein hohes fachliches Niveau wiederspiegelt werden. Dies kommt in der Drucksache nicht zum Ausdruck. Durch die Förderung kann die Kommune allerdings intensiv Einfluss auf die zukünftige inhaltliche Arbeit durch die Formulierung von Parametern bzw. Ansprüchen nehmen - und sollte das auch tun.

Die im Sommer erfolgte städtische Bekanntmachung zum Trägerwechsel und die darin aufgeführten Modalitäten waren scheinbar so unkonkret, dass sich nur ein Träger – ohne Objekt – beworben hat. Dies ermöglicht keine Auswahl für den Stadtrat und führt zur "Blindvergabe" bzw. Empfehlung.

Außerdem lassen die Reduzierung der zur Verfügung stehenden Mittel um fast 50% einen massiven Angebotseinschnitt hinsichtlich der personellen Betreuung befürchten.

Um eine wirklich verantwortbaren und geregelten Übergabe des Frauenhauses an einen freien Träger zu beschließen, bedarf es der Klärung der offenen Fragen und die Neubekanntmachung des Anliegens.

Wolfgang Wähnelt
Fraktionsvorsitzender